

Ohne Verhandlungen kein Ende des Krieges in Tschetschenien¹

Der Krieg in Tschetschenien - eine "antiterroristische Operation"?

Tschetschenien war während des ganzen Jahres 2000 Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen. Dieser so genannte "zweite Tschetschenienkrieg" hatte am 18. September 1999 begonnen, als Truppen der Russischen Föderation die Grenze zur Republik Tschetschenien überschritten. Zwei Ereignisse bildeten den unmittelbaren Anlass für den Einmarsch der russischen Truppen: Zum einen machte die russische Regierung tschetschenische Banditen für Bombenanschläge auf Wohnhäuser in Moskau, Bujnaxsk und Wolgodonsk, die zahlreiche Menschenleben gefordert hatten, verantwortlich. Zum anderen wurde das Eindringen bewaffneter Einheiten von tschetschenischen Separatisten in den Bezirk Botlich der russischen Nachbarprovinz Dagestan am 2. August 1999 von Moskau als Grund für die militärische Aktion angeführt, die unter der offiziellen Bezeichnung "antiterroristische Operation" laufen sollte. Die tieferen Gründe für die neuerliche russische Intervention in Tschetschenien liegen allerdings weiter zurück und können im Rahmen dieser Studie nicht erschöpfend dargestellt werden.

Während die russische Regierung bisher überzeugende Beweise für die tschetschenische Urheberschaft der erwähnten Bombenanschläge auf Wohnhäuser schuldig blieb, stellte der Überfall auf Dagestan zweifellos eine unerhörte Herausforderung der russischen Regierung durch die tschetschenischen Rebellen dar, die angemessene militärische Gegenmaßnahmen rechtfertigte. Bildeten diese Vorgänge den unmittelbaren Anlass für das militärische Einschreiten Russlands in Tschetschenien, so darf doch nicht vergessen werden, dass sich bereits in den Jahren seit dem Abschluss des Vertrages von Chassawjurt² die Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und Tschetschenien ständig verschlechtert und so zugespitzt hatten, dass mit einer Explosion zu rechnen war.

Der Zusammenbruch der staatlichen Ordnung der Republik Itschkeria

In Itschkeria, wie die Einheimischen Tschetschenien nennen, hatte sich nicht nur ein System der Willkür und allgemeinen Rechtlosigkeit herausgebildet, in welchem kriminelle Elemente immer mehr an Einfluss gewinnen konnten,

1 Der Beitrag gibt die persönlichen Auffassungen des Autors wieder.

2 Der Vertrag von Chassawjurt wurde am 31. August 1996 zwischen Präsident Maschadow und Präsident Jelzin abgeschlossen und beendete formell den ersten Tschetschenienkrieg.

sondern die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hatte auch zur Verelendung des größten Teils der Bevölkerung geführt. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, dass die allgemeine Situation durch einen völligen Zusammenbruch der Rechts- und Wirtschaftsordnung gekennzeichnet war. Der öffentliche Sektor der Republik verfiel derart, dass er selbst die elementarsten Leistungen nicht mehr erbringen konnte. Schulen wurden geschlossen, das Gesundheitswesen war zusammengebrochen und die Krankenhäuser behandelten nur noch Patienten mit Geld, öffentliche Dienstleistungen wie Gas- und Stromversorgung funktionierten nur mehr völlig unzureichend. Staatsangestellten wie Beamten und Lehrern, aber auch Ärzten und Krankenschwestern war seit Jahren kein Gehalt mehr ausbezahlt worden.

Menschenraub wurde zu einer alltäglichen Erscheinung. In erster Linie waren Ausländer und Vertreter ausländischer Organisationen Ziel von Geiselnahmen, weil man sich von ihnen hohe Lösegelder versprach, aber auch Bürger der Russischen Föderation wurden häufig Opfer dieser menschenverachtenden Praxis, die im Kaukasus allerdings auf eine lange Geschichte zurückblicken kann. Obwohl es den russischen Sicherheitskräften bis zum Sommer 2000 gelang, alle bekannten ausländischen Geiseln in Tschetschenien zu befreien, rechnete man damals noch mit ca. 500 einheimischen Geiseln im Gewahrsam tschetschenischer Entführer in dem von den russischen Truppen beherrschten Gebiet Tschetscheniens.³

Neben dem kriminellen Regime, das sich in Tschetschenien herausgebildet hatte, war die Tatsache, dass dort eine Schattenwirtschaft entstanden war, die auf Schmuggel, Waffen- und Drogenhandel spezialisiert war, eine permanente Herausforderung für die russische Regierung. Schließlich bestand zwischen Tschetschenien und dem Rest der Russischen Föderation keine Wirtschafts- oder Zollgrenze, so dass Tschetschenien ein offenes Tor für die illegale Einfuhr von Waren aller Art nach Russland darstellte. Ein energisches und rasches Eingreifen der russischen Regierung sollte diesen Missständen, die von weiten Teilen der russischen und wahrscheinlich auch der tschetschenischen Bevölkerung als echte Bedrohung empfunden wurden, ein für alle Mal ein Ende setzen.

3 Der Menschenraub bildete traditionell eine einträgliche Tätigkeit tschetschenischer - und anderer kaukasischer - Banditen. Die Geiseln werden häufig lange Zeit als Sklaven missbraucht und müssen ihr Leben in Verliesen, meist Erdlöchern, fristen. Sie stellen eine regelrechte Handelsware dar und können weiterverkauft werden, um schließlich gegen ein Lösegeld, das auch mehrere Millionen US-Dollar betragen kann, freigekauft zu werden. Laut Mitteilung des Generals des russischen Innenministeriums Alexander Malinowski hatte ich als Leiter der Unterstützungsgruppe der OSZE in Tschetschenien im Fall meiner Entführung einen "Marktwert" von ca. sieben Millionen Dollar. Der Marktwert der anderen Mitglieder der Unterstützungsgruppe richtete sich - so Malinowski - nach ihrem Herkunftsland - Ost- oder Westeuropa - und sei mit zwei bis fünf Millionen Dollar anzusetzen.

Die Gründe für den russischen Einmarsch

Neben diesen Überlegungen wurde von offizieller russischer Seite als Hauptgrund für den Entschluss, militärisch in Tschetschenien einzugreifen, die Notwendigkeit genannt, dem internationalen Terrorismus extremer muslimischer Fundamentalisten das Handwerk zu legen. Der Regierung Maschadow wurde nicht nur Unfähigkeit unterstellt, im eigenen Land diesen als "Wahhabismus"⁴ bezeichneten terroristischen Fundamentalismus zu unterbinden, sondern sie wurde auch als willige Mittäterin bei seinen Exzessen bezeichnet. Die Tatsache, dass der Präsident Tschetscheniens, Aslan Maschadow, aus Rücksichtnahme auf die Forderungen seiner innenpolitischen Konkurrenten aus dem Kreis der Kommandanten Schamil Bassajew und Al-Chattab im ganzen Land zu Beginn des Jahres 1999 die Scharia einführt, lieferte zweifellos ein weiteres überzeugendes Argument für die Gefährlichkeit seines Regimes und die Gerechtigkeit des Krieges gegen die tschetschenischen Rebellen. Nach offizieller russischer Lesart kämpft Russland in Tschetschenien stellvertretend für die gesamte zivilisierte - christliche? - Welt einen Verteidigungskrieg gegen einen von dunklen ausländischen Kräften unterstützten terroristischen islamischen Fundamentalismus. Von den Philippinen bis nach Algerien reiche diese terroristische Verschwörung, die zuerst den Kaukasus im Visier habe, dann ganz Russland zerstören wolle und schließlich ganz Europa bedrohen würde.

Die Chance, der tschetschenischen Herausforderung durch einen "*small victorious war*" entgegenzutreten, wurde vom russischen Generalstab bereitwillig ergriffen, stellte sie doch die Möglichkeit dar, die Schande des verlorenen ersten Tschetschenienkrieges zu tilgen. Auch die öffentliche Meinung in Russland zeigte große Unterstützung für eine militärische Abrechnung mit den tschetschenischen "Banditen", ein Umstand, der Ministerpräsident Wladimir Putin, der sich auf die Wahlen zum Präsidentenamt vorbereitete, eine Entscheidung zweifellos erleichtert haben dürfte.

Hat Russland aus den Fehlern des ersten Krieges gelernt?

Die beschlossene "antiterroristische Operation" sollte einen raschen Sieg über die Rebellen bringen und die Fehler des ersten Krieges nicht wiederholen. Um einen Umschwung der öffentlichen Meinung zu verhindern, wurde erfolgreich eine strenge Nachrichtensperre über das gesamte Kriegsgebiet verhängt. Weder ausländische noch russische Journalisten sollten - so wie es während des ersten Krieges der Fall gewesen war - frei berichten können.

4 Der Wahhabismus ist eine aus Saudi-Arabien kommende islamische Sekte besonders strenger und intoleranter Observanz, die den Anhängern des in Tschetschenien traditionell verbreiteten "laxeren" Sufismus einen oft bis zur physischen Vernichtung gehenden Kampf liefert.

Dieses Ziel hat die russische Führung weitgehend erreicht. Nur einzelne Berichte über die Grausamkeit dieses Krieges gelangten an die Weltöffentlichkeit, die heute überhaupt das Kapitel Tschetschenien nicht mehr zu interessieren scheint. Das Hauptziel der militärischen Aktion, die Niederwerfung der Banditen, ist den Russen allerdings bis Ende 2000 nicht wirklich gelungen. Die russische Armee wollte die Zahl der eigenen Verluste möglichst gering halten und vermied deshalb nach Möglichkeit direkte Feindberührungen. Ihre Taktik bestand vor allem in einem massiven Einsatz von Artillerie und Luftwaffe, dem die tschetschenischen Kämpfer wenig entgegenzusetzen konnten. Erst nach einer jeweils möglichst vollständigen Zerstörung gegnerischer Stellungen durch Bombardements sollten die russischen Truppen vordringen. Diese Strategie war rein militärisch keineswegs so erfolgreich wie gehofft, da sich die Rebellen tief in die Erde eingegraben hatten. Sie hatte aber politisch katastrophale Folgen für Russland, die nicht mehr gutzumachen sind: Opfer der "antiterroristischen Operation" wurde nun natürlich in erster Linie die Zivilbevölkerung, die - soweit sie nicht rechtzeitig flüchten konnte - regelrecht zerbombt wurde. Das Bild der zerstörten tschetschenischen Hauptstadt Grosny ging um die Welt, die seit dem Zweiten Weltkrieg derartiges nicht mehr gesehen hatte. Mit Recht fragten sich viele, wie eine Regierung eine eigene Hauptstadt ohne Schonung der eigenen Bevölkerung so total vernichten konnte, dass wirklich kein Stein mehr auf dem anderen blieb. Hier muss allerdings angemerkt werden, dass die russischen Truppen die Bevölkerung Grosnys ultimativ aufgefordert hatten, die Stadt durch einen Korridor zu verlassen. Wer die Stadt nicht verließ, sollte als Terrorist angesehen werden! Grosny hatte vor dem ersten Krieg mehr als 400.000 Einwohner, die in der Mehrheit Russen waren. Nach der "Befreiung" durch die russische Armee im Februar 2000 lebten Schätzungen zufolge vielleicht noch 20.000 Menschen, hauptsächlich alte, die nicht mehr fliehen konnten, in den Kellerruinen dieser einst so schönen kaukasischen Hauptstadt!

Ähnlich wie Grosny erging es vielen kleineren Städten und Ortschaften Tschetscheniens. Obwohl keine offiziellen Angaben über die Kriegszerstörungen und die Anzahl der zivilen Opfer der "antiterroristischen Operation" vorliegen, dürften Schätzungen von privaten Menschenrechtsorganisationen, die von Zehntausenden Toten, der Vernichtung von mehr als der Hälfte der Wohnhäuser Tschetscheniens und der beinahe vollständigen Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur sprechen, der Wahrheit ziemlich nahe kommen.⁵ Diese Art der Kriegführung, die sich an keine allgemein anerkannten

5 Die inguschetische Filiale der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial nannte am 16. Januar 2001 die Zahl von 55.000 zivilen Opfern der "antiterroristischen Operation" in Tschetschenien. Nach offiziellen Angaben seien 1.500 Menschen, hauptsächlich tschetschenische Männer, vermisst. Neben Grosny seien noch ca. 300 der insgesamt 425 Siedlungen in Tschetschenien dem Erdboden gleichgemacht worden. Ein Wiederaufbau der zerstörten Wohnhäuser würde mindestens 30 Mrd. US-Dollar kosten. Dem Europarat liegen Angaben vor, wonach in Tschetschenien gar 18.000 Personen verschunden sind. Eine Aufklärung über deren Verbleib wurde vom Generalsekretär des Europarates am 21. September 2000 in der Duma gefordert.

Regeln hielt, ließ Gefühle der Befreiung von einem kriminellen Unrechtsregime durch die russische Armee in der tschetschenischen Bevölkerung wohl kaum aufkommen. Selbst jene, die durch den Sieg der Russen, der von Putin am 14. April 2000 offiziell verkündet worden war, die allmähliche Rückkehr zu einem normalen zivilen Leben erwarteten, wurden durch die Willkür und durch zahlreiche schwere Menschenrechtsverletzungen der russischen Ordnungskräfte schwer enttäuscht. Bei vielen Beobachtern entstand der Eindruck, dass große Teile der tschetschenischen Bevölkerung die russische Herrschaft ablehnen. Wahrscheinlich hat Russland durch die Disziplinlosigkeit seiner Armee die Sympathie der Mehrheit der Tschetschenen für immer verloren. Freilich soll nicht verschwiegen werden, dass auch die tschetschenischen Separatisten ihren Krieg mit brutalsten Mitteln und ohne Schonung der Zivilbevölkerung führten.

Der neue Krieg der Partisanen

Die offizielle Siegesmeldung Präsident Putins bedeutete allerdings keineswegs das Ende der Feindseligkeiten. Den russischen Truppen war es zwar gelungen, den größten Teil Tschetscheniens unter ihre Kontrolle zu bringen, das Gros der Aufständischen konnten sie allerdings nicht zur Gänze vernichten.⁶ Letztere konnten sich in die Berge des Kaukasus im Süden des Landes zurückziehen und von dort aus weiter operieren. Viele Kämpfer konnten auch einfach irgendwo im Land untertauchen und plötzlich zuschlagen. Die Taktik der Rebellen lautete nun, jede offene militärische Konfrontation mit den überlegenen russischen Kräften zu vermeiden und den Russen dort, wo sie es nicht erwarteten, kleine, aber empfindliche Schläge durch Minen oder Angriffe aus dem Hinterhalt zu versetzen. Im weiteren Verlauf des Jahres 2000 zeigte sich, dass die Separatisten die Regeln des Partisanenkrieges, der von Maschadow verkündet worden war, hervorragend beherrschen. Es zeigte sich aber auch, dass die Bevölkerung Tschetscheniens den Partisanen offensichtlich die Unterstützung gibt, ohne die ein Partisanenkrieg einfach nicht erfolgreich geführt werden kann.

6 Über die Stärke der Separatisten liegen keine verlässlichen Daten vor. Die von offizieller russischer Seite gemachten Angaben sind so widersprüchlich, dass sie Verwirrung stiften. Zu Beginn des Krieges dürften sie über eine Streitmacht von 20.000 bis 30.000 Mann verfügt haben. Der stellvertretende Generalstabschef der russischen Streitkräfte General Walerij Manilow erklärte mir am 28. Juni 2000, dass die "Banditen" zu diesem Zeitpunkt noch über ca. 2.000 Kämpfer verfügten. Der Direktor des russischen Geheimdienstes FSB, Nikolaj Patruschew, hingegen nannte z.B. am 1. Februar 2001 eine Zahl von 5.000 Kämpfern. Ihnen standen auf russischer Seite insgesamt ca. 120.000 Mann gegenüber. Da sich die "Banditen" in kleine Gruppen aufgeteilt hätten, seien sie schwer zu besiegen. So genannte "Satschistkas", d.h. Säuberungsaktionen, sollten laut Manilow die Widerstandsnester der Rebellen aber bis zum Herbst 2000 weitgehend beseitigt haben. Diese Satschistkas, bei denen ganze Ortschaften, in denen man Kämpfer vermutet, systematisch durchkämmt werden, wurden von Menschenrechtsorganisationen für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht.

Ohne hier auf die einzelnen Etappen des zum Partisanenkrieg mutierten Tschetschenienfeldzugs eingehen zu können, muss festgestellt werden, dass das Land von einer echten Befriedung noch weit entfernt ist. Die allgemeine Sicherheitslage dürfte sich im Vergleich zur Zeit des regelrechten Krieges in gewisser Beziehung sogar eher verschlechtert haben. Wusste man damals wenigstens, wo die Front verlief, so kann heute der Feind überall lauern. Kontrollieren die russischen Sicherheitskräfte tagsüber mehr oder weniger das Land, so gehört den Rebellen die Nacht. Nach Anbruch der Dunkelheit wagen sich die Russen nicht mehr aus ihren Stellungen, die regelmäßig Ziel von Angriffen sind. Verfolgt man die offiziellen Verlustmeldungen, so muss man den Eindruck gewinnen, dass die Russen heute im Durchschnitt kaum weniger Tote und Verwundete als während des eigentlichen Krieges zu beklagen haben. Aber auch Zivilisten werden in wachsender Zahl ermordet. Präsident Maschadow hatte all jene Personen, die zur Zusammenarbeit mit den Russen bereit waren, als Kollaborateure "zum Tod" verurteilt. Dieses "Urteil" wurde von den ihm ergebenen Kämpfern schon in vielen Fällen vollstreckt. Nicht nur viele von der Regierung Achmad-Chadschi Kadyrow eingesetzte Beamte, sondern vor allem auch religiöse Führer wurden als Verräter auf diese Weise beseitigt. Auf Kadyrow selbst wurden bereits mehrere erfolglose Attentate verübt, viele seiner engsten Vertrauten wurden ermordet. Hinter dieser wohl als diabolisch zu bezeichnenden Taktik der gezielten Ermordung von zu Kollaborateuren ernannten Zivilisten steckt natürlich ein wohl durchdachtes Kalkül: Die tschetschenische Bevölkerung soll von der Zusammenarbeit mit den Russen abgeschreckt werden. Auf diese Weise gelang es den Rebellen tatsächlich, das Vertrauen der Bevölkerung in die von Moskau eingesetzte Verwaltung ernsthaft zu untergraben und Angst vor einer Zusammenarbeit mit ihr zu verbreiten.

Dies ist freilich nur eine besonders menschenverachtende Facette des in Tschetschenien herrschenden Terrors, der leider auf das Konto beider Seiten geht. Am meisten leidet ja die Bevölkerung Tschetscheniens, nicht nur unter den erbärmlichen physischen Lebensbedingungen, von denen man sich kaum eine richtige Vorstellung machen kann, wenn man sie nicht mit eigenen Augen gesehen hat, sondern vor allem auch unter dem herrschenden System weitgehender Rechtlosigkeit und Willkür jener Stellen, die effektiv die Macht ausüben. Nicht nur die brutale Art der Durchführung der "antiterroristischen Operation", für die weder das Kriegsrecht noch die russische Rechtsordnung galt, sondern auch die zahlreichen von unabhängigen russischen und internationalen Organisationen einwandfrei dokumentierten Menschenrechtsverletzungen durch russische Organe haben die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit geweckt und zu heftigen Reaktionen geführt.

Wer will wirklich Frieden?

Immer wieder wird von ausländischen Beobachtern die Frage gestellt, warum es der russischen Regierung trotz des rücksichtslosen Einsatzes einer überwältigenden Streitmacht bis heute nicht gelungen ist, mit den relativ wenigen Aufständischen fertig zu werden und in Tschetschenien Ordnung zu schaffen. Abgesehen von dem schon erwähnten Umstand, dass ein Partisanenkrieg natürlich anderen Regeln unterliegt und auch von einem überlegenen Gegner nur dann gewonnen werden kann, wenn die einheimische Bevölkerung die Partisanen nicht unterstützt, ist doch vieles unbegreiflich. Warum gelang es den bestens geschulten russischen Spezialeinheiten nicht, die wichtigsten Feldkommandanten, Bassajew und Al-Chattab, und vor allem Präsident Maschadow gefangen zu nehmen, obwohl ihnen ihre Aufenthaltsorte bestens bekannt sind?⁷

Vieles deutet tatsächlich darauf hin, dass maßgebende Kräfte auf beiden Seiten kein wirkliches Interesse an einem baldigen Ende des Krieges in Tschetschenien haben. Für die Kämpfer ist der Krieg zur einzigen ihnen vertrauten Lebensform geworden. Für beträchtliche Teile der russischen Kräfte - militärischer wie ziviler - bietet dieser Krieg Möglichkeiten der Bereicherung, die sie sonst nirgends finden würden. Dass sich in Tschetschenien ein System der Korruption und Ausbeutung breit gemacht hat, das die Moskauer Zentralstellen überhaupt nicht mehr kontrollieren können und das ihnen großes Kopfzerbrechen bereitet, wird von allen Kennern der Lage bestätigt. So ist es ein offenes Geheimnis, dass ein Großteil der von der Regierung in Moskau für den Wiederaufbau der Infrastruktur und die Auszahlung von Löhnen und Pensionen bereitgestellten Gelder unauffindbar versickert. Ausrüstungsgüter, wie z.B. Kabel zur Instandsetzung der Stromversorgung Tschetscheniens, werden von der russischen Regierung herangebracht und montiert, um kurz darauf von "Unbekannten" wieder abmontiert und in Russland wiederverkauft zu werden. Vieles, was den Krieg überdauerte, wird demontiert und als Buntmetall mit großem Gewinn in den angrenzenden Regionen zu Geld gemacht. Besonders lukrativ gestaltet sich die Ausbeutung tschetschenischen Erdöls für jene, die über die entsprechenden Verbindungen verfügen. Der Waffenhandel zwischen russischen Soldaten und tschetschenischen Kämpfern hatte schon im ersten Krieg eine große Rolle gespielt, heute ist er zu neuer Blüte gediehen. Beliebig viele weitere Beispiele dieser institutionalisierten Korruption, an der beide Seiten ein existentielles ökonomisches Interesse haben, könnten angeführt werden.

Im Laufe der Zeit entwickelte sich so in Tschetschenien ein Zusammenspiel beider Gegner, das dazu dient, den Status quo, der allen Beteiligten nutzt,

7 Die Obschtschaja Gaseta hatte dafür am 18. Januar 2001 eine einfache Erklärung: Die russischen Einheiten haben keinerlei Interesse, die Chefs der Aufständischen zu fangen, weil sie dann - mangels gegnerischer Anführer - gezwungen wären zuzugeben, einen Krieg gegen das tschetschenische Volk zu führen.

aufrechtzuerhalten. Das alle Gegensätze überragende gemeinsame Interesse und die daraus entstandene Verflechtung wird als "*tretja sila*" (Dritte Kraft) bezeichnet. Sie ist konkret nicht zu identifizieren, dürfte aber im Hintergrund einen wesentlichen Einfluss auf den Gang der Ereignisse haben.

Menschenrechtsverletzungen ohne Sühne

Der russischen Seite werden von internationalen Beobachtern und von russischen Menschenrechtsorganisationen⁸ nicht nur die Unverhältnismäßigkeit der militärischen Gewaltanwendung vorgeworfen, sondern konkret auch Massenerschießungen bei Säuberungen, den so genannten "*Satschistkas*". Die bekanntesten fanden in den Orten Alchan-Jurt, Staropromyslowski und Aldy statt. Beklagt werden auch das alltägliche Schikanieren der tschetschenischen Bevölkerung bei den zahlreichen Straßensperren, willkürliche Verhaftungen und Folterungen, die Erpressung von Geld und Plünderungen großen Stils. Die Folge ist ein völliges Fehlen jeglichen Vertrauens der Bevölkerung in die russische Ordnungsmacht. Die russische Menschenrechtsorganisation Memorial geht von 20.000 willkürlichen Verhaftungen aus. Viele dieser Verhafteten müssten von Verwandten gegen ein Lösegeld wieder freigekauft werden, nicht wenige aber seien spurlos verschwunden. Das völlige Fehlen von Rechtsschutzeinrichtungen wie Gerichten, Staatsanwälten und Rechtsanwälten macht es den Menschen unmöglich, ihre Rechte geltend zu machen. Das in Tschetschenien herrschende System wurde von dem neu gewählten Dumaabgeordneten für Tschetschenien, Aslanbek Aslachanow, als "völlige Rechtlosigkeit und Despotismus" bezeichnet.⁹

Nach ihrem Besuch im Kaukasus Anfang April 2000 zeigte sich Mary Robinson, die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, schockiert über die Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien und die Verhältnisse, unter denen Tausende von Flüchtlingen leben müssen. Sie ver-

8 Die wichtigsten Organisationen, die sich mit der Feststellung von Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien befassen, sind Human Rights Watch, Physicians for Human Rights und die russische Organisation Memorial. In ihrem am 23. Januar 2001 für den Europarat ausgearbeiteten Bericht behauptet Physicians for Human Rights, dass die Krise der Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien auch im Dezember 2000 weiter angehalten habe. Verschleppungen, Massenverhaftungen, Folterungen, Verstümmelungen, Elektroschocks, willkürliche Ermordung von Nichtkombattanten in den Internierungslagern ("Isolatoren"), Plünderungen, Zerstörung von Häusern und Schulen etc. fanden in einem Ausmaß statt, dass man sie nach dem Völkerrecht als Kriegsverbrechen qualifizieren müsse.

9 Am 21. September 2000 fand in der Duma eine Sondersitzung über Tschetschenien statt, an der auch Vertreter der OSZE-Unterstützungsgruppe und Abgeordnete des Europarates als Gäste teilnahmen. In eindrucksvoller Offenheit wurden von mehreren russischen Abgeordneten, insbesondere Aslachanow, Krascheninnikow, Tkatschew, Arbatow, Kowaljow u.a., die in Tschetschenien herrschenden Zustände geschildert. Mit Ausnahme der Vertreter der Regierung befassten sich alle Redner mit den vom russischen Militär und den russischen Sicherheitskräften begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen und der Tatsache, dass gegen die Schuldigen nichts unternommen wird.

langte von Russland die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen. Ebenfalls im April 2000 verlangte auch die Europäische Union bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen von Russland eine unabhängige Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen. Auch die österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner stellte in ihrer Funktion als Amtierende Vorsitzende der OSZE anlässlich ihres Besuchs in Russland vom 12. bis 15. April 2000 diese Forderung.

Das Büro des Herrn Kalamanow

Präsident Putin hatte sich bereits am 17. Februar 2000 entschlossen, einen Mann seines Vertrauens, Wladimir A. Kalamanow, zu seinem "Persönlichen und Besonderen Vertreter für die Wahrung der Rechte und Freiheiten der Menschen und Bürger in der Tschetschenischen Republik" zu ernennen. Kalamanow hat in Snamenskoje im Norden Tschetscheniens ein Büro eröffnet, in dem mehrere einheimische Mitarbeiter und drei Menschenrechtsexperten des Europarates Beschwerden der Bevölkerung entgegennehmen und sie an die zuständigen Stellen weiterleiten. Kalamanow gelang es, 500 Fälle von Verschleppungen zu untersuchen und eine Anzahl von Freilassungen zu erreichen. Mit seiner Hilfe seien nach seinen eigenen Angaben auch 77.000 Personen mit neuen Personaldokumenten ausgestattet worden. Auch beim Aufbau des Gerichtswesens konnte er Erfolge verzeichnen. Im Dezember 2000 wurden vier Gerichte in Naderetschny, Naursky, Schelkowski und Guderms eröffnet, an denen 22 Richter tätig sind. Auch eine Generalstaatsanwaltschaft wurde eingerichtet, in deren Zuständigkeit allerdings die schwersten Verbrechen gegen die Menschenrechte nicht zu fallen scheinen. Es ist eine bedauerliche Tatsache, dass bis heute kein einziger Angehöriger der russischen Streitkräfte wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt wurde. Dabei wäre nichts besser geeignet, das Vertrauen der tschetschenischen Bevölkerung zu gewinnen, als die ernsthafte Ahndung von Verbrechen durch die russische Justiz!

Die aus dem Ausland kommenden Forderungen nach unabhängigen Untersuchungskommissionen veranlassten auch den Dumaabgeordneten und ehemaligen Justizminister Pawel Krascheninnikow im Frühjahr 2000 eine "nationale öffentliche Untersuchungskommission betreffend die Verletzung und die Achtung der Menschenrechte im Nordkaukasus" zu gründen. Obwohl sie mehrere Beschwerdestellen eingerichtet und einen Bericht über ihre Tätigkeit veröffentlicht hat, dürfte sie schon aus dem einfachen Grund, dass sie nur über sehr bescheidene Mittel verfügt, nicht den Erwartungen der internationalen Gemeinschaft entsprechen.

Die Rolle der OSZE

Die OSZE als diejenige internationale Organisation, die für die Aufrechterhaltung friedlicher Verhältnisse in Europa in erster Linie verantwortlich ist, hat sich naturgemäß mit den Kriegen in Tschetschenien von Anfang an befasst und unschätzbare Hilfe in politischer und humanitärer Hinsicht geleistet. Noch während des ersten Tschetschenienkrieges (1994 bis 1996) hatte der Ständige Rat der OSZE am 11. April 1995 den Beschluss gefasst, eine Unterstützungsgruppe in Tschetschenien einzurichten. Gleichzeitig wurde dieser Unterstützungsgruppe ein sehr umfassendes Mandat erteilt, das sie mit politischen, sozialen, humanitären und demokratiebildenden Aufgaben betraute, die sie im Einvernehmen mit den russischen föderativen und örtlichen Behörden sowie in voller Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Russischen Föderation erfüllen sollte.¹⁰ Da das Mandat der Unterstützungsgruppe zeitlich nicht begrenzt ist, kann es den Regeln der OSZE entsprechend nur durch einen Beschluss des Ständigen Rates beendet werden. Dieses Mandat wurde in seinem vollen Umfang wiederholt von allen Teilnehmerstaaten der OSZE bekräftigt. Zuletzt geschah dies formell beim Gipfel in Istanbul im November 1999, wobei die Rolle der Unterstützungsgruppe bei der Streitbeilegung auf dem Verhandlungswege besonders hervorgehoben wurde.

Die Unterstützungsgruppe in Tschetschenien und ihr Mandat

Im Widerspruch zu dieser Bekräftigung des gesamten Mandats der Unterstützungsgruppe hatte die russische Delegation beim Ständigen Rat der OSZE

10 Im operativen Teil des Mandats wurden folgende Aufgaben der Unterstützungsgruppe genannt:

"Förderung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Feststellung des Tatbestands im Falle von Verstößen; Mitwirkung an der Weiterentwicklung demokratischer Institutionen und Prozesse, einschließlich der Wiedereinsetzung der örtlichen Behörden; Hilfestellung bei der Ausarbeitung möglicher neuer verfassungsrechtlicher Vereinbarungen und bei der Abhaltung und Überwachung von Wahlen;

Erleichterung bei der Erbringung humanitärer Hilfe in der Region durch internationale und nichtstaatliche Organisationen für die Opfer der Krise, gleichgültig, wo sich diese befinden;

Unterstützung der Behörden der Russischen Föderation und internationaler Organisationen bei der möglichst raschen Rückführung von Flüchtlingen und Vertriebenen in ihre Heimstätten in der Krisenregion;

Förderung der friedlichen Regelung der Krise und der Stabilisierung der Lage in der tschetschenischen Republik im Einklang mit dem Prinzip der territorialen Integrität der Russischen Föderation und in Übereinstimmung mit den OSZE-Prinzipien und gegebenenfalls Fortsetzung des Dialogs und der Verhandlungen durch die Teilnahme an 'Gesprächen am runden Tisch' im Hinblick auf die Herbeiführung einer Feuereinstellung und die Beseitigung der Spannungsursachen;

Unterstützung bei der Schaffung von Mechanismen, die die Rechtsstaatlichkeit, die öffentliche Sicherheit sowie Recht und Ordnung gewährleisten." Ständiger Rat, Journal Nr. 16, 11. April 1995, S. 2-3.

allerdings bereits am 13. März 1997 eine interpretative Erklärung abgegeben, die das Mandat der Unterstützungsgruppe wesentlich einschränkte. Demnach sei "der Teil des Mandats der OSZE-Unterstützungsgruppe, der in Zusammenhang mit Vermittlungsbemühungen um die Beilegung des bewaffneten Konflikts und der Hinführung zu Verhandlungen steht, zur Gänze erfüllt."¹¹ Die Rolle der Unterstützungsgruppe als Vermittlerin, die sie im ersten Tschetschenienkonflikt unter der Leitung des Schweizer Diplomaten Tim Guldiman so erfolgreich bei der Vereinbarung von Waffenstillständen und dem Abschluss des Vertrages von Chassawjurt hatte spielen können, sollte ihr bei der Beilegung des zweiten Tschetschenienkrieges nicht mehr zugebilligt werden. Es ist klar, dass die Bedeutung der Unterstützungsgruppe dadurch, dass ihr eine der Konfliktparteien jegliche Kompetenz zur Vermittlung abspricht, ganz wesentlich reduziert wurde. Daran konnten auch die von den meisten Teilnehmerstaaten der OSZE wiederholt an die Adresse Moskaus gerichteten Forderungen, die Unterstützungsgruppe - wie im Mandat vorgesehen - in ihre vollen Rechte einzusetzen, nichts ändern. Was mag diese Änderung der russischen Haltung ausgelöst haben?

Der Stellenwert der OSZE in Russland

War die OSZE, an deren Gründung die Sowjetunion einen wesentlichen Anteil hatte, früher in den Augen Russlands das wichtigste Instrument zur Regelung von Fragen der Sicherheit und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas, so dürfte ihr Stellenwert im Konzept der russischen Außenpolitik heute - insbesondere durch den Krieg der NATO gegen Jugoslawien - erheblich gesunken sein. Im Kosovokonflikt musste Russland die Grenzen der OSZE erkennen, als es diesen Krieg auch mit Hilfe der Organisation nicht verhindern konnte. Im Übrigen diente das Eingreifen der NATO in Jugoslawien Russland auch zur Rechtfertigung der eigenen Operation in Tschetschenien - wenn ausländisches militärisches Eingreifen in einen ethnischen Konflikt in einem fremden Staat gestattet ist, muss dieses Recht wohl auch für die nationale Regierung gelten! Allerdings stellte der Kosovokrieg theoretisch auch einen Präzedenzfall für eine ausländische Einmischung in Tschetschenien dar, obwohl Russland natürlich nicht mit Serbien verglichen werden kann und kein vernünftiger Mensch an die Möglichkeit des Eingreifens der NATO in Tschetschenien dachte.

11 Ständiger Rat, 105. Plenarsitzung des Rates, PC-Journal Nr. 105, 13. März 1997, Anhang 3, Punkt 7(d) der Tagesordnung: Erklärung der Russischen Föderation.

Wurde die Unterstüztungsgruppe während des ersten Tschetschenienkrieges von der Regierung Jelzin als nützlich Instrument der Vermittlung herangezogen und konnte sie damals tatsächlich, wie oben bereits erwähnt, eine entscheidende positive Rolle spielen, so wünschte die Regierung Putin im zweiten Tschetschenienkrieg keinerlei internationale Vermittlertätigkeit. Als Amtierender Vorsitzender der OSZE reiste der norwegische Außenminister Knut Vollebæk am 14. Dezember 1999 in den Nordkaukasus und bot die Vermittlung der OSZE im Konflikt an. Dieses Angebot wurde von den Russen ebenso abgelehnt wie ein weiterer Vorschlag Vollebæks vom 20. Dezember 1999, unter der Ägide der OSZE Verhandlungen mit den Tschetschenen aufzunehmen. Ähnliche Angebote des legitimen Präsidenten Tschetscheniens, Maschadow, unter Einbeziehung internationaler Vermittler Verhandlungen zu beginnen, wurden von den Russen ebenfalls zurückgewiesen.

Russischerseits wurde folgendermaßen argumentiert: Die "antiterroristische Operation" in Tschetschenien sei eine rein innere Angelegenheit der Russischen Regierung, ihr Ziel sei die Bekämpfung und Niederwerfung aufständischer Banditen zum Zweck der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in der abtrünnigen Republik Tschetschenien. Eine ausländische Hilfestellung bzw. Vermittlung käme nicht in Frage. Verhandlungen mit den Separatisten, die schlechthin als "Banditen" bezeichnet wurden, könnten nur über ihre Kapitulation geführt werden. Gespräche mit dem legitim gewählten Präsidenten Maschadow hätten überhaupt keinen Sinn, da er in Wirklichkeit keinerlei Autorität mehr besitze und nicht Herr der Lage sei. Durch die Tatsache, dass er es verabsäumt hatte, den vom Kommandanten Bassajew organisierten Überfall auf Dagestan zu verurteilen, habe Maschadow jede Glaubwürdigkeit verloren. Als Verhandlungspartner komme er nicht mehr in Frage. Mit den anderen Banditen könne Russland natürlich auch nicht reden. Sie stünden bloß vor der Alternative, sich den russischen Truppen zu ergeben oder vernichtet zu werden.

Diese Auffassung vertraten die Russen konsequent gegenüber den immer lauter werdenden kritischen Stimmen aus dem Ausland, sei es von Seiten internationaler Foren wie OSZE, VN oder Europarat oder seitens einzelner Staatsmänner. Offensichtlich waren sie überzeugt, die tschetschenischen Aufständischen militärisch besiegen zu können. Jedes Angebot einer ausländischen Institution, bei der Streitbeilegung Hilfestellung zu leisten, wurde von der Regierung Putin von vornherein zurückgewiesen, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie von den "Terroristen" als falsches Signal einer internationalen Anerkennung verstanden werden könnte. Der bisherige Verlauf der "antiterroristischen Operation" muss allerdings Zweifel an der Möglichkeit einer rein militärischen Lösung aufkommen lassen.

Russland zieht den Europarat der OSZE vor

Unter dem starken Druck der Weltöffentlichkeit und internationaler Organisationen gestattete Russland jedoch Reisen internationaler Beobachter nach Tschetschenien.

So konnte noch während der eigentlichen Kämpfe am 12. März 2000 eine Delegation des Europarates, der sich auch der Leiter der Unterstützungsgruppe der OSZE in Tschetschenien anschließen durfte, nach Tschetschenien reisen und dort die Städte Grosny, Gudermes und Argun sowie das wegen angeblicher Folterungen berüchtigte Filtrationslager Tschernokosowo besuchen. Unter dem Eindruck dieser Reise erstattete Lord Judd dem Europarat einen Bericht, der zwar nicht zum Ausschluss Russlands aus dem Europarat, aber doch zum Entzug des Stimmrechts führte. Dies stellte praktisch die einzige Sanktion der internationalen Gemeinschaft dar, die Russland wegen seines Vorgehens in Tschetschenien erdulden musste. Von der OSZE hatte Russland kaum ähnliche Sanktionen zu befürchten, da sie ihre Beschlüsse in der Regel nach dem Konsensprinzip fasst und eine Verurteilung eines Teilnehmerstaates nahezu ausgeschlossen ist. Es ist daher verständlich, dass Russland das Hauptgewicht seiner Bemühungen um internationale Schadensbegrenzung wegen der Tschetschenienkrise auf den Europarat legte und der OSZE nur eine sekundäre Rolle einräumte.

So musste die OSZE im Verlauf des Jahres 2000 die Erfahrung machen, dass die russische Seite zwar dem Europarat die Möglichkeit einräumte, insgesamt drei Menschenrechtsexperten nach Tschetschenien in das Büro Kalamanows in Snamenskoje zu entsenden, dass ihr aber die Rückkehr ihrer Unterstützungsgruppe nach Tschetschenien zu akzeptablen Bedingungen nicht gestattet wurde. Offensichtlich zog man in Russland aus einleuchtenden Gründen die Präsenz von Menschenrechtsexperten des Europarats in Tschetschenien jener der Unterstützungsgruppe der OSZE vor. Die Experten des Europarates verfügen ja im Gegensatz zu der Unterstützungsgruppe nur über ein sehr beschränktes Mandat. Sie bilden keine selbständige Einheit, sondern haben lediglich den Status von Mitarbeitern einer russischen Behörde. Sie unterstehen der russischen Kontrolle und ihr Aufgabenbereich ist auf die Hilfe für das Büro Kalamanow beschränkt. Im Gegensatz zur Unterstützungsgruppe genießen sie keinerlei Unabhängigkeit und bilden daher auch keine echte internationale Beobachterorganisation.

Das Exil der Unterstützungsgruppe in Moskau

Die Unterstützungsgruppe in Tschetschenien war am 16. Dezember 1998 auf Grund einer Entscheidung des norwegischen Amtierenden Vorsitzenden der OSZE aus Grosny nach Moskau evakuiert worden, weil sich die Sicherheitslage in Tschetschenien verschlechtert hatte. Die Entführung von Ausländern

hatte ein derartiges Ausmaß angenommen, dass die meisten von ihnen das Land schon früher verlassen hatten und auch die Unterstützungsgruppe um die Sicherheit ihrer Angehörigen bangen musste. Die Evakuierung nach Moskau wurde als vorübergehende Maßnahme bezeichnet, die so lange aufrechterhalten werden sollte, bis der Amtierende Vorsitzende davon überzeugt wäre, dass sich die Sicherheitslage entscheidend verbessert hat. Die Entscheidung des norwegischen Amtierenden Vorsitzes wurde nicht nur während der ganzen Dauer des norwegischen Vorsitzes der OSZE - d.h. bis Ende 1999 - von allen Teilnehmerstaaten mitgetragen, sondern auf der Sitzung des Ständigen Rates der OSZE am 11. März 1999 sogar noch insofern verschärft, als auch Reisen von Mitgliedern der Unterstützungsgruppe nach Tschetschenien untersagt wurden. Tatsächlich hatte ich als Leiter der Unterstützungsgruppe erst im März des folgenden Jahres die Gelegenheit, im Rahmen der erwähnten Reise der Delegation des Europarates Tschetschenien einen Besuch abzustatten.

Österreich übernimmt den Vorsitz der OSZE

Anfang des Jahres 2000 ging der Vorsitz der OSZE von Norwegen auf Österreich über. Dieses Amt stellte für Österreich eine ganz besondere Herausforderung dar, befand sich das Land doch in einer internationalen Isolation, die seine Handlungsfreiheit berühren musste. Als Reaktion auf die Bildung einer Koalitionsregierung von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel mit der als rechtsextrem angesehenen Freiheitlichen Partei des Jörg Haider hatten die 14 EU-Partner Österreichs in einer Erklärung vom 31. Januar 2000 ihre Beziehungen zu Österreich "herabgestuft" und so genannte Sanktionen gegen Österreich verhängt, denen sich auch andere Länder wie z.B. Tschechien angeschlossen. Es war anzunehmen, dass sich diese Isolierung nicht gerade günstig auf seine Vorsitzführung der OSZE auswirken und man ihm kaum Erfolge gönnen würde. Österreich stand auch als Vorsitzland der OSZE unter einem besonderen Erfolgszwang, um das Sanktionenregime der EU zu brechen. Dies zeigte sich auch im Zusammenhang mit der Unterstützungsgruppe. Die Frage ihrer Rückkehr nach Tschetschenien wurde zu einem Druckmittel nicht nur gegen Russland, sondern gewissermaßen auch gegen den Amtierenden Vorsitzenden.

Die Frage der Rückkehr der Unterstützungsgruppe nach Tschetschenien

Bereits am 17. Februar 2000, also weniger als zwei Wochen nach Amtsantritt der neuen österreichischen Regierung, verlangte die EU im Ständigen Rat der OSZE erstmalig die Rückkehr der Unterstützungsgruppe! Zu diesem Zeitpunkt war Tschetschenien Kriegsgebiet und die Sicherheitslage war unver-

gleichlich schwieriger als ein Jahr zuvor, als der Ständige Rat selbst kurzfristige Reisen nach Tschetschenien untersagt hatte. Diese Forderung, die später auch von anderen Teilnehmerstaaten, insbesondere den USA, erhoben wurde, richtete sich natürlich in erster Linie an Russland, das in argen Zugzwang gebracht werden sollte, weil es die Sicherheit der Unterstützungsgruppe natürlich nicht gewährleisten konnte, aber auch nicht zugeben wollte, dass es nicht Herr der Lage in Tschetschenien war. Die Forderung nach Rückkehr der Unterstützungsgruppe aus ihrem Exil in Moskau konnte aber auch dem Amtierenden Vorsitz nicht gleichgültig sein, wurde er doch danach beurteilt, ob er die Wünsche der Teilnehmerstaaten durchsetzen konnte. Tatsächlich bewies die österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner großen Mut, indem sie diese Herausforderung annahm. Sie entschied, dass die Unterstützungsgruppe wieder nach Tschetschenien zurückkehren sollte. Mit großem Nachdruck verfolgte sie während ihrer ganzen Vorsitzführung dieses Anliegen mit ständigen Interventionen bei den zuständigen russischen Stellen. Im Anschluss an ihren Besuch in Russland, in dessen Rahmen sie u.a. auch Tschetschenien bereiste, erklärte sie in einer Pressekonferenz in Moskau am 15. April 2000, dass die Unterstützungsgruppe noch im Mai nach Tschetschenien zurückkehren werde. Vorläufig werde sie in Snamenskoje ihr Büro einrichten. Die für die Übersiedlung nötigen Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich der Sicherheit, würden in Verhandlungen mit den zuständigen russischen Stellen noch vorher vereinbart werden.

Die Verhandlungen über die Bedingungen der Rückkehr

Tatsächlich sollten sich diese Erwartungen der Amtierenden Vorsitzenden als zu optimistisch erweisen. Trotz intensiver Verhandlungen mit dem russischen Außenministerium, die auf verschiedenen Ebenen geführt wurden, und Gesprächen mit anderen russischen Zentralstellen gelang es der OSZE bis Ende 2000 nicht, alle offenen Fragen befriedigend zu klären. In Verhandlungen mit Vertretern des russischen Innenministeriums am 26. und 27. Oktober 2000 am Sitz der OSZE in Wien konnte zwar eine Vereinbarung über ein *Memorandum of Understanding* in Bezug auf die wichtigsten Sicherheitsfragen getroffen werden, das zu der Hoffnung berechtigte, die Unterstützungsgruppe könnte noch vor dem Außenministertreffen der OSZE Ende November 2000 ihre Tätigkeit in Snamenskoje aufnehmen. Bedauerlicherweise wurden die in Wien getroffenen Vereinbarungen von russischer Seite aber nicht honoriert, sondern es wurde ein neuer Vertragstext vorgeschlagen, dessen Bestimmungen nicht nur von den Sicherheitsexperten der OSZE, sondern auch von maßgeblichen Teilnehmerstaaten der OSZE als unannehmbar angesehen wurden. Trotz großer Fortschritte wird der neue rumänische Amtierende Vorsitz die noch offenen Fragen mit der russischen Seite zu lösen haben.

Während viele Fragen gelöst werden konnten, stellt sich vor allem das grundsätzliche Problem, dass Russland der OSZE keinerlei Rechtsfähigkeit zugesetzt, so dass sie in der Russischen Föderation keine Rechtsakte setzen kann, wie z.B. die Anmietung von Gebäuden, den Import von Autos etc. Auch sind u.a. noch die Fragen, wer für die Sicherheit der Unterstützungsgruppe in Tschetschenien sorgen soll, welche Verbindungsmöglichkeiten (Radio) sie benutzen darf, oder die Frage nach der Beschäftigung von tschetschenischem Hilfspersonal zu klären.

Die Leistungen der Unterstützungsgruppe in Moskau

Trotz ihrer Evakuierung konnte die Unterstützungsgruppe auch von Moskau aus eine sehr erfolgreiche Arbeit leisten. Unter österreichischem Vorsitz war ihre humanitäre Hilfe für die notleidenden Flüchtlinge Tschetscheniens größer als je zuvor. So wurden z.B. an 24.000 Flüchtlinge in Tschetschenien sechs Monate hindurch Lebensmittel verteilt. 100 durch die Kriegsereignisse psychisch schwer geschädigte Kinder wurden in einem Sanatorium psychologisch behandelt, an 2.400 Kinder wurden Kleider, Schuhwerk und Kinderbücher ausgegeben, Krankenhäuser erhielten dringend benötigte Medikamente und in zwei Lagern konnten Kindergärten eingerichtet werden. Ein von der Unterstützungsgruppe ausgearbeitetes Projekt stellte die Trinkwasserversorgung für 25.000 Menschen in der Stadt Grosny durch die Ausgabe spezieller Filter an jeweils eine Familie sicher. Der Mangel an Trinkwasser in Grosny gehört ja zu den größten Problemen, denen sich die Bevölkerung in der ehemaligen tschetschenischen Hauptstadt ausgesetzt sieht. Viele weitere von der Unterstützungsgruppe ausgearbeitete Hilfsprojekte konnten infolge fehlender finanzieller Mittel noch nicht durchgeführt werden.

Die Bedeutung der Unterstützungsgruppe liegt allerdings nicht so sehr in der von ihr zu erbringenden humanitären Hilfestellung, sondern ist vielmehr in der Tatsache begründet, dass sie die einzige Institution ist, die mit einem umfassenden und auch von Russland anerkannten Mandat ausgestattet ist, das sie in die Lage versetzt, sich intensiv mit den wichtigsten Aspekten der Tschetschenienfrage zu befassen und darüber laufend dem Ständigen Rat der OSZE zu berichten. Diesem Auftrag konnte sie auch von ihrem Exil in Moskau aus weitestgehend gerecht werden. Auf diese Weise wurde die Weltöffentlichkeit durch die OSZE über die Entwicklungen regelmäßig auf dem Laufenden gehalten. Ohne die Unterstützungsgruppe wäre die Tschetschenienfrage nicht mehr auf der internationalen Agenda! Nach ihrer Rückkehr nach Tschetschenien wird sie diese Aufgabe natürlich viel leichter und umfassender erfüllen können.

Die Ziele des österreichischen Vorsitzes in Tschetschenien

Welche Ziele verfolgte der österreichische Vorsitz mit der Unterstützungsgruppe in Tschetschenien? Aus dem Verhalten Russlands musste der Eindruck entstehen, dass es der Unterstützungsgruppe mit großen Vorbehalten, wenn nicht gar mit Misstrauen gegenüberstand. Ihre seinerzeitige erfolgreiche Vermittlertätigkeit wird heute in Moskau als zu einseitig pro-tschetschenisch angesehen, so dass man sie, abgesehen von den oben erwähnten grundsätzlichen Erwägungen nicht mehr mit einer politischen Mission beauftragen möchte. Deshalb gelangte die Amtierende Vorsitzende zu der Überzeugung, dass sich die Unterstützungsgruppe auf andere Aufgaben konzentrieren sollte. Vor allem sollte sie danach trachten, bei allen in Frage kommenden Stellen der Russischen Föderation - sowohl der Zentralbehörden als auch der tschetschenischen Lokalbehörden - ein Höchstmaß an Vertrauen zu gewinnen und ihren praktischen Nutzen für die Regelung der Tschetschenienproblematik unter Beweis stellen. Statt mit Russland eine aussichtslose akademische Auseinandersetzung über ihr Recht auf eine politische Funktion zu führen oder sich gar auf eine öffentliche Polemik einzulassen, ging ihr Bestreben daher stets dahin, ihr Ansehen bei den Russen zu steigern, ohne ihre Glaubwürdigkeit bei den Tschetschenen zu verlieren. Sie konnte sich so für eine wichtige politische Rolle in der Zukunft bereithalten, falls dies von Russland zu einem späteren Zeitpunkt gewünscht werden sollte. Die Chancen dafür scheinen nicht schlecht zu stehen, da letztlich nur eine politische, auf dem Verhandlungsweg erzielte Friedensregelung den Konflikt beenden kann. Da Tschetschenen und Russen sich mit geradezu unversöhnlichem Hass und tiefstem Misstrauen gegenüberstehen, erscheinen Verhandlungen zwischen den beiden Seiten ohne Mitwirkung eines unparteiischen Dritten schwer denkbar. Nur die Zukunft wird allerdings zeigen, ob diese Einsicht letztlich zu einer Änderung der Haltung auf russischer Seite führen wird. Die tschetschenische Seite hat sich bereits mehrmals für derartige Verhandlungen ausgesprochen.